

# AGF Europa News

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2015

### Inhalt

<b>Neuigkeiten aus der COFACE .....</b>	<b>2</b>
COFACE veröffentlicht Empfehlungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf .....	2
COFACE: Interessen der Familien bei der Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie berücksichtigen .....	2
<b>Neuigkeiten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>2</b>
EU-Parlament: Gespräch des FEMM-Ausschusses zur Mutterschutz-Richtlinie geplatzt .....	2
EU-Parlament: Schärfer gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet vorgehen .....	3
EU-Jugendminister: Integrative Bildung für Jugendliche ausbauen .....	3
EU-Schulobstprogramm: Verteilung für das neue Schuljahr beschlossen .....	3
EU-Parlament: Gleichstellung von Frauen und Männern geht nur langsam voran .....	3
EU-Kommission begrüßt Einführung der Frauenquote in Deutschland .....	4
EU-Kommission bekräftigt Engagement zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen .....	4
EU-Hilfsfonds für die am stärksten von Armut Betroffenen: Deutsches Programm gebilligt .....	4
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte stellt Grundrecht auf Geschlechtsanpassung fest .....	4
EU-Kommission: TTIP und TiSA keine Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge .....	5
<b>Nachrichten aus den europäischen Ländern .....</b>	<b>5</b>
Belgien: Alleinerziehende und junge Familien besonders von Armut bedroht .....	5
Frankreich: Europarat fordert klares Verbot von körperlichen Strafen für Kinder .....	5
Italien: Erste Schritte zur eingetragenen Lebenspartnerschaft .....	5
Polen: Neues Gesetz zu künstlichen Befruchtung auf dem Weg .....	5
Portugal: Pädophilen-Register beschlossen .....	6
Slowenien: Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet .....	6
Schweiz: Neuregelung des Familienrechts geplant .....	6
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>6</b>
UN-Frauenrechtskommission: Ziele der Pekingener Erklärung von 1995 endlich umsetzen .....	6
Internationaler Frauentag: Europaweit Handlungsbedarf bei der Gleichstellung .....	6
EU fordert Deutschland auf, die Sprachnachweispflicht im Ehegattennachzug abzuschaffen .....	7
Immer häufiger giftiges Spielzeug im Umlauf .....	7
EU-Semester-Allianz fordert Umsetzung der Agenda 2020 .....	7
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>8</b>
Families and Societies: Sechs neue Studien veröffentlicht .....	8
Bericht des EuRH: Jugendgarantie möglicherweise nicht umsetzbar .....	8
Eurofound-Studie: Trotz Förderung gehen nur wenige Väter in Elternzeit .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>9</b>

## Neuigkeiten aus der COFACE

### COFACE veröffentlicht Empfehlungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Wie gestaltet Europa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was sind die aktuellen Herausforderungen für Familien und wie sieht eine gelungene Praxis aus? Antworten und Handlungsempfehlungen für die europäische Politik gibt das „*European Reconciliation Package*“, das die COFACE am 3. März 2015 veröffentlicht hat. Die Publikation bündelt die Expertise zahlreicher europäischer Organisationen, die sich in der Koalition „2014 – Jahr der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“ zusammengetan hatten. Die Broschüre identifiziert die Herausforderungen für Familien und ermittelt Lösungsansätze in vier Handlungsfeldern: Pflege und Beruf, Frauen am Arbeitsplatz, familiengerechte Arbeitswelt und Kinderbetreuung.

- [Die Publikation „European Reconciliation Package“](#)  

### COFACE: Interessen der Familien bei der Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie berücksichtigen

Bis zum 18. März 2015 konnten sich Bürger/innen und Organisationen an der öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie beteiligen. Hintergrund der Befragung sind Pläne der EU-Kommission, die Arbeitszeitrichtlinie besser an den aktuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer/innen, Unternehmen, öffentlichen Dienste und Verbraucher/innen auszurichten (siehe [Europa News Dezember 2014](#)). Die COFACE und die AGE-Plattform haben die EU am 16. März 2015 dazu aufgefordert, die Überarbeitung zu nutzen, um mit der Revision der Richtlinie auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bedarfe älterer Arbeitnehmer/innen zu stärken.

- [Pressemitteilung der COFACE](#)  

## Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

### EU-Parlament: Gespräch des FEMM-Ausschusses zur Mutterschutz-Richtlinie geplatzt

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) im EU-Parlament hat die EU-Kommission und den EU-Ministerrat am 26. Februar 2015 zu einem Gespräch über die Mutterschutz-Richtlinie eingeladen. Der Termin fand allerdings nicht wie geplant statt, da kein/e Vertreter/in des Rates beziehungsweise der EU-Ratspräsidentschaft teilnahm. Hintergrund war die geplante Revision der Mutterschutz-Richtlinie, die das EU-Parlament bereits im Oktober 2010 beschlossen hatte. Diese steht auf der „Streichliste“ für blockierte Gesetzesvorhaben der EU-Kommission. Findet sich innerhalb der nächsten Monate keine Einigung mit dem Ministerrat, dessen Zustimmung seit 2010 offen ist, wird das Revisionsvorhaben gekippt (siehe [Europa News Dezember 2014](#)).

- [Hintergrund und Infografik: Maternity and paternity leave in the EU](#) 

## EU-Parlament: Schärfer gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet vorgehen

In einer Entschließung vom 11. März 2015 fordern die EU-Abgeordneten einen wirksamen Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch im Internet, die Entfernung illegaler Inhalte sowie international angestimmte Maßnahmen, um die Ermittlung und Strafverfolgung der Täter zu verbessern. Es sei ein umfassendes Konzept nötig, um die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet wirksam zu bekämpfen. Die Abgeordneten begrüßten daher eine gemeinsame Initiative der EU und 55 weiterer Staaten, die sich im Rahmen des globalen Bündnisses gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet (Global Alliance against Child Sexual Abuse Online) zusammengeschlossen haben.

- [Informationen zur Global Alliance against Child Sexual Abuse Online](#) 

## EU-Jugendminister: Integrative Bildung für Jugendliche ausbauen

Zum Abschluss eines informellen Treffens in Paris haben die EU-Jugend- und Bildungsminister/innen am 17. März 2015 eine „*Erklärung zur Förderung von staatsbürgerlicher Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung*“ veröffentlicht. Hintergrund der Erklärung sind die jüngeren Entwicklungen des Terrorismus und die Anschläge von Paris. In der Erklärung betonen die Unterzeichner/innen, dass es besonders wichtig sei, jungen Menschen gemeinsam mit den Eltern und Familien dabei zu helfen, aktive, verantwortungsbewusste und weltoffene Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

- [Gemeinsame Erklärung zur Förderung von staatsbürgerlicher Bildung](#)

## EU-Schulobstprogramm: Verteilung für das neue Schuljahr beschlossen

Insgesamt rund 150 Millionen Euro erhalten die 25 am Schulobstprogramm teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten im Schuljahr 2015/2016. Die genaue Verteilung haben die Vertreter/innen der Länder am 18. März 2015 beschlossen. Rund 28 Millionen Euro der Mittel fließen nach Deutschland. Europaweit erreicht das Programm etwa 12 Millionen Kinder. Sie sollen damit ein vielseitiges Angebot an Obst und Gemüse erhalten und bei Begleitveranstaltungen – beispielsweise bei Ausflügen zu Bauernhöfen – mehr über gesunde Ernährung lernen.

## EU-Parlament: Gleichstellung von Frauen und Männern geht nur langsam voran

Es ist noch ein langer Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU – das haben die EU-Abgeordneten in einer Entschließung zum Gleichstellungs-Bericht 2013 am 10. März 2015 festgestellt. „Die Veränderungen sind zu langsam, darunter leiden die Rechte der Frau“, kommentierte Marc Tarabella, der Verfasser des Berichts die Ergebnisse. Trotz einiger Fortschritte müsse noch viel getan werden, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen und die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.

In der Entschließung zum Bericht fordern die Abgeordneten die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Bemühungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verstärken. Unter anderem fordern sie die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von mindestens zehn Arbeitstagen und die Anerkennung der Rechte der Frauen auf Abtreibung und Empfängnisverhütung. Der Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) im EU-Parlament hatte den zugrunde liegenden Bericht im Januar 2015 vorgestellt (siehe [Europa News Januar 2015](#)).

- [Entwurf der Entschließung – Januar 2015 \(verabschiedeter Text noch unveröffentlicht\)](#) 

## EU-Kommission begrüßt Einführung der Frauenquote in Deutschland

Vera Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung hat die Entscheidung des Deutschen Bundestags zur Einführung einer Frauenquote vom 6. März 2015 begrüßt. Man zähle nun auf die deutsche Unterstützung für die vorgeschlagene EU-Richtlinie zum Geschlechtergleichgewicht in Aufsichtsräten. Die EU-Kommission hatte im November 2012 einen Richtlinienvorschlag verabschiedet, der vorsieht, dass der Frauenanteil in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen ab 2020 und in Aufsichtsräten börsennotierter öffentlicher Unternehmen ab 2018 bei mindestens 40 Prozent liegen sollte.

## EU-Kommission bekräftigt Engagement zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen

Etwa 80 Millionen Menschen in der EU haben eine Behinderung – das ist jede sechste Person. Um die Rechte Behinderter zu stärken und die Umsetzung der in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) festgelegten Ziele voran zu bringen, trafen sich am 4. März 2015 Vertreter/innen der EU-Kommission, Mitglieder des EU-Parlaments, die Europäische Bürgerbeauftragte, die EU-Grundrechte-Agentur (FRA) sowie das Europäische Behindertenforum (EDF) in Brüssel zu einer Tagung im Rahmen der EU-Überwachung für die UN-BRK. Insgesamt 25 EU-Staaten haben die Konvention ratifiziert und sich zur ihrer Umsetzung verpflichtet.

Im Rahmen des Überprüfungsprozesses der Vereinten Nationen hat das Europäische Behindertenforum einen kritischen Bericht über die Umsetzung Behindertenrechtskonvention in der EU erstellt und am 18. März 2015 veröffentlicht. Der Bericht führt zahlreiche Umsetzungslücken auf.

- [EDF-Bericht zu Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention](#)  

## EU-Hilfsfonds für die am stärksten von Armut Betroffenen: Deutsches Programm gebilligt

Für die Vergabe der Mittel des Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten von Armut Betroffenen ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten festlegen, welche Zielgruppen die Hilfsfonds-Mittel erhalten sollen. Ende Februar 2015 hat die EU-Kommission den letzten nationalen operationellen Programmen (OP) für Zeitraum 2014-2020 zugestimmt – so auch den deutschen Plänen. Im Fokus des deutschen Programms stehen EU-Migrant/innen, Kinder von Einwander/innen sowie Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen. Deutschland erhält aus dem Fonds 78,9 Millionen Euro und ergänzt diese um 13,9 Millionen Euro aus nationalen Mitteln. Der Fonds soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, denjenigen zu helfen, die von der wirtschaftlichen und sozialen Krise am stärksten betroffen sind. Insgesamt stehen im Fonds 3,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

- [Informationen zum Hilfsfonds und seinen Zielen](#)

## Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte stellt Grundrecht auf Geschlechtsanpassung fest

In einem Grundsatzurteil vom 10. März 2015 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einstimmig festgestellt, dass Zeugungsunfähigkeit keine Voraussetzung für eine Geschlechtsanpassung sein darf. Vorschriften, die die Sterilität voraussetzen, verstoßen gegen Artikel 8 der Menschenrechtskonvention (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens). Laut Urteil des EGMR haben transsexuelle Menschen ein Grundrecht auf Geschlechtsanpassung – der Staat darf dies nicht erschweren. Hintergrund war die Klage eines türkischen Transgender, der 2005 eine Geschlechtsanpassung beantragt hatte. Die Richter genehmigten die Operation nicht, da der Antragsteller weibliche Geschlechtsorgane hatte und nicht, wie im türkischen Gesetz vorgeschrieben, zeugungsunfähig war.

- [EGMR-Urteil zur Geschlechtsanpassung](#)  

## EU-Kommission: TTIP und TiSA keine Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge

Laut EU-Kommission sollen weder das transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) noch das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) zu einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder der Daseinsvorsorge führen. Die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von Regierungen und Kommunen bleibe davon unberührt, so die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Die Europäische Vereinigung der Dienstleister für Menschen mit Behinderungen (EASPD) und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen warnen vor Qualitätsverlusten der sozialen Dienstleistungen durch TTIP und TiSA (siehe [Europa News September 2014](#)).

- [Erklärung der TTIP- und TiSA-Verhandlungspartner](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Ländern

---

### Belgien: Alleinerziehende und junge Familien besonders von Armut bedroht

Rund 15 Prozent der Bevölkerung in Belgien leben unterhalb der Armutsgrenze – dies berichtet das Jahrbuch „Armut in Belgien“, das die belgische Regierung am 24. März 2015 vorgestellt hat. Besonders häufig arm oder von Armut bedroht sind laut Jahrbuch Alleinerziehende und junge Familien. Die Zahl der älteren Menschen in Armut ist hingegen leicht zurückgegangen.

### Frankreich: Europarat fordert klares Verbot von körperlichen Strafen für Kinder

Der Europarat hat Frankreich wegen eines fehlenden eindeutigen Verbots von körperlicher Strafe für Kinder gerügt. Zwar sind Prügelstrafen in der Schule verboten, nicht aber körperliche Züchtungen „zu Erziehungszwecken“ durch die Eltern. Das französische Recht müsse das Verbot von Gewalt eindeutiger definieren, mahnt der Europarat. Derzeit gestehe die französische Justiz Eltern das Recht auf Bestrafung zu und verstoße damit gegen die Europäische Sozialcharta. Frankreich gehört zu den Unterzeichnerstaaten der Sozialcharta und hat sich damit verpflichtet, jede Form von Gewalt gegen Kinder zu unterbinden.

- [Text der Europäischen Sozialcharta](#)

### Italien: Erste Schritte zur eingetragenen Lebenspartnerschaft

Erstmals gibt es in Italien einen Gesetzesvorstoß zur Einführung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Am 26. März 2015 stimmte der Justizausschuss des Senats für eine Vorlage, die eine eingetragene Lebenspartnerschaft für Homosexuelle nach deutschem Vorbild vorsieht. Ergänzend dazu soll auch unverheirateten hetero- und homosexuellen Paare einzelne Rechte zugestanden werden, beispielsweise das Informationsrecht im Krankheitsfall.

### Polen: Neues Gesetz zu künstlichen Befruchtung auf dem Weg

Die polnische Regierung hat am 12. März 2015 einen Gesetzentwurf zur Regelung der In-Vitro-Fertilisation auf den Weg gebracht. Er sieht unter anderem vor, dass im Falle einer künstlichen Befruchtung vor dem Einsetzen des Embryos die Zustimmung des Ehepartners erfragt werden muss – für einen nichtehelichen Lebenspartner soll diese Zustimmungspflicht hingegen nicht gelten.

## Portugal: Pädophilen-Register beschlossen

In Portugal hat der Ministerrat im März 2015 beschlossen, Personen, die wegen sexuellen Straftaten gegen Minderjährige verurteilt wurden, in einer zentralen Datenbank zu erfassen. Unklar ist jedoch noch, wer Zugang zu den sensiblen Daten haben soll. Kritiker des Registers befürchten, dass eine solche Datensammlung auch Eltern und potenziellen Arbeitgeber/innen gegenüber geöffnet werden könnte – damit könne das Register zum Einfallstor für Selbstjustiz werden und die soziale Eingliederung erschweren.

## Slowenien: Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet

Slowenien hat am 3. März 2015 beschlossen, die Ehe vollständig für homosexuelle Paare zu öffnen. Nach einer rund siebenstündigen Debatte am 26. März hat das slowenische Parlament zudem beschlossen, ein Referendum über die Ehe-Öffnung aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zuzulassen. Seit 2013 verbietet die slowenische Verfassung Referenden, deren Inhalt vorsieht, Menschenrechte oder grundlegende Freiheiten zu entziehen.

## Schweiz: Neuregelung des Familienrechts geplant

Der schweizerische Bundesrat hat am 25. März 2015 einen Bericht zur Modernisierung des Familienrechts vorgestellt. Unter anderem schlägt der Bundesrat darin vor, einen Zivilpakt ähnlich dem französischen „pacte civil de solidarité“ (PACS) einzuführen. Dieser Pakt bietet Menschen die Möglichkeit, auch ohne Eheschließung Rechte füreinander wahrzunehmen, beispielsweise im Krankheitsfall. Der PACS ist sowohl für hetero- als auch für homosexuelle Paare offen.

- [Bericht des schweizerischen Bundesrats](#) 

## Weitere Nachrichten

---

### UN-Frauenrechtskommission: Ziele der Peking Erklärung von 1995 endlich umsetzen



Vom 9. bis 20. März 2015 hat sich die Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen zu ihrer 59. Sitzung in New York getroffen. Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Peking Erklärung und der Aktionsplattform für die Gleichstellung haben die Teilnehmenden die darin festgelegten Ziele in den Mittelpunkt gerückt. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig betonte anlässlich des Jubiläums, bis heute habe kein einziges Land die Gleichberechtigung von Frauen vollständig umgesetzt. Es sei an der Zeit, die Lebenswirklichkeit von Frauen zu verändern. Die Vereinten Nationen haben für das Jubiläumsjahr 2015 die „Peking+20 Kampagne“ gestartet – auch in Europa finden zahlreiche Veranstaltungen für die Umsetzung der strategischen Ziele der Peking Erklärung statt.

- [Website der Kampagne „Peking+20“](#)

### Internationaler Frauentag: Europaweit Handlungsbedarf bei der Gleichstellung

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2015 hat die EU-Kommission aktuelle Zahlen, eine Eurobarometer-Umfrage und einen Kommissions-Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern vorgestellt. Die vom Statistikamt der EU (Eurostat) erhobenen Daten zeigen weiterhin deutliche Unterschiede



bei Löhnen und Renten von Frauen und Männern: Die Lohnlücke liegt laut Eurostat im Europa-Durchschnitt bei 16,4 Prozent. Am geringsten fällt die Lohnlücke mit 3,2 Prozent in Slowenien aus, gefolgt von Malta, Polen, Italien und Kroatien mit unter acht Prozent. Mehr als 20 Prozent hingegen sind es in Estland, Österreich, Tschechien und Deutschland (21,6 Prozent). Wesentlich höher noch fällt der Unterschied bei den Renten aus: Die Rentenlücke liegt derzeit bei 38,5 Prozent. Schlusslicht bei der Rente ist Deutschland mit 45 Prozent – in keinem anderen Land ist das Geschlechtergefälle bei der Rente größer.

Laut der Eurobarometer-Umfrage sind 62 Prozent der befragten Deutschen der Ansicht, dass Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in Deutschland weit verbreitet sind. 47 Prozent meinen, dass sich eine Erhöhung des Frauenanteils auf dem Arbeitsmarkt vor allem durch gleiche Verdienstmöglichkeiten erreichen ließe (Europa: 42 Prozent). Zudem halten die Befragten mehr flexible Arbeitsregelungen (40 Prozent) und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und (40 Prozent) für hilfreich.

- [Pressemitteilung von Eurostat](#)
- [Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage: Factsheet für Deutschland](#)
- [Bericht zur Geschlechtergleichheit 2014 der EU-Kommission](#)  

### EU fordert Deutschland auf, die Sprachnachweispflicht im Ehegattennachzug abzuschaffen

Die EU-Kommission hat Ende Februar 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland angekündigt, da Deutschland weiterhin am Nachweis von Deutschkenntnissen für Drittstaatsangehörige festhält, die zu ihren in Deutschland lebenden türkischen Ehepartner/innen ziehen. Diese Pflicht zum Sprachnachweis für nachziehende Ehepartner/innen verstößt laut Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 10. Juli 2014 gegen das Unionsrecht (siehe [Europa News Juli 2014](#)). Die EU mahnt daher dringend eine rechtliche Anpassung an.

### Immer häufiger giftiges Spielzeug im Umlauf

Laut Jahresbericht des Schnellwarnsystems Rapex der EU-Kommission tauchen in der EU immer mehr gefährliche Spielsachen oder giftige Kleidung auf. Fast zwei Drittel der schädlichen Waren kamen aus China. Vor allem Spielzeug, Textilien und Modeartikeln waren oftmals belastet. Die EU hat im vergangenen Jahr 2.435 dieser gefährlichen Produkte aus dem Verkehr gezogen.

### EU-Semester-Allianz fordert Umsetzung der Agenda 2020







Die EU-Semester-Allianz hat die EU-Politik am 17. März 2015 dazu aufgefordert, die Mittel des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) für die Umsetzung der strategischen Ziele der Agenda 2020 einzusetzen – insbesondere für soziale Investitionen, ökologische Nachhaltigkeit und für die Gleichstellung der Geschlechter. Das Europäische Semester wurde 2011 im Rahmen der Agenda 2020 erstmals gestartet. Es soll die nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken koordinieren, kontrollieren und dabei helfen, die europäischen Leitinitiativen in nationale Ziele und Gesetze zu übertragen. An diesem sich jährlich wiederholenden Prozess sind die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten beteiligt. Die EU-Semester-Allianz ist ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Es wurde im April 2014 gegründet, um die Zivilgesellschaft stärker in die Prozesse des Europäischen Semesters einzubringen und die nachhaltigen, sozialen und ökologischen Ziele bei der Umsetzung der Agenda 2020 zu stärken.

- [Informationen der EU zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen \(EFSI\)](#)
- [Informationen zum Europäischen Semester](#)
- [Website der EU-Semester-Allianz](#) 

## Berichte und Studien

### Families and Societies: Sechs neue Studien veröffentlicht

Das europäische Netzwerk Families and Societies hat am 3. März sechs neue Studien veröffentlicht. In zwei der aktuellen Berichte nehmen die Forscherteams die steigende Kinderlosigkeit von Männern und Frauen in Europa in den Blick – sowohl soziale Faktoren, als auch die sozialen, psychischen und politischen Konsequenzen. Eine Studie aus Italien analysiert die Zusammenhänge zwischen der Verfügbarkeit von öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten und der Erwerbstätigkeit von Müttern sowie der Sprachentwicklung ihrer Kinder; zwei weitere italienische Studien rücken die kognitive Entwicklung der außerfamiliär betreuter Kinder erwerbstätiger Mütter in den Mittelpunkt. Gibt es Unterschiede im Geburtenintervall zwischen getrennten Paaren und nicht getrennten Eltern? Bekommen Frauen und Männer mit einem Kind auch in einer neuen Partnerschaft ein zweites Kind? Wie sich die Trennung von Paaren nach dem ersten Kind auf das Fertilitätsverhalten der Eltern auswirkt, untersucht ein deutsches Forscherteam. Die Datenanalyse zeigt dabei große geschlechtsspezifische und regionale Unterschiede.

- [Increasing childlessness in Europe: Time trends and country differences](#)  
- [State-of-the-art report Childlessness in Europe](#)  
- [Does child care availability play a role in maternal employment and children's development? Evidence from Italy](#)  
- [Childcare, mothers' work and children's schooling outcomes. An analysis of Italian data](#)  
- [Mother's time allocation, child care and child cognitive development](#)  
- [Fertility after separation: Second births in higher order unions in Germany](#)  

### Bericht des EuRH: Jugendgarantie möglicherweise nicht umsetzbar

In einem am 24. März 2015 vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) veröffentlichten Sonderbericht äußern Expert/innen Zweifel daran, ob die Jugendgarantie wirksam und einheitlich umgesetzt werden kann. Der EuRH benennt darin drei Risiken für die Implementierung der Jugendgarantie: Ein erstes Risiko besteht darin, dass es keine genauen Informationen zu den potenziellen Gesamtkosten gibt. Ein zweiter kritischer Aspekt ist die unklare Definition der geforderten „qualitativ hochwertigen“ Arbeitsplätze. Als Risiko benennen die Expert/innen zudem die unzureichende Überprüfung und Berichterstattung durch die Kommission – anders als üblich führt die EU-Kommission bei der nationalen Umsetzung der Jugendgarantie keine Kosten-Nutzen-Einschätzung durch.

- [Bericht zur EU-Jugendgarantie](#)  

### Eurofound-Studie: Trotz Förderung gehen nur wenige Väter in Elternzeit



Trotz leicht steigender Zahlen gibt es weiterhin nur relativ wenige Väter innerhalb der EU, die in Eltern- beziehungsweise Vaterschaftsurlaub gehen – das ist das Ergebnis einer Eurofound-Studie unter dem Titel „*Promoting uptake of parental and paternity leave among fathers in the European Union*“. Der Bericht analysiert aktuelle Trends sowie Maßnahmen und Initiativen zur Förderung von Eltern- und Vaterschaftsurlaub in allen EU-Mitgliedstaaten und Norwegen.

- [„Die Eurofound-Studie zum Vaterschaftsurlaub“](#)  



## Bevorstehende Veranstaltungen

- Salzburg Global Seminar: [„Early Childhood Development & Education“](#) (15. bis 18. April 2015, Salzburg)
- european trade union institute (etui): European Dialogue 2015 [„Prosperity in Europe...only if we stop the growing inequality“](#) (16./17. April 2015, Brüssel)
- Salzburg Global Seminar: [„Jugend, Wirtschaft und Gewalt: Auswirkungen auf zukünftige Konflikte“](#) (26. April bis 01. Mai 2015, Salzburg)
- COFACE: [„Conference: Accessible and fair financial services: alternatives to mainstream banking“](#) (04./05. Mai 2015, Madrid)
- European Youth Forum: [„YO!Fest 2015“](#) (06. Mai 2015, Brüssel)
- University of Southampton/ Eurochild: European Responses to Global Children’s Rights Issues: [„Building Capacity and Exchanging Knowledge“](#) (25. Mai 2015, Liverpool)
- European Union of Supported Employment (EUSE): [„12<sup>th</sup> European Conference“](#) (27. bis 29. Mai 2015, Lissabon)
- European Social Insurance Platform (ESIP): Konferenz [„Europas Sozialversicherungssysteme: Sind sie zukunftsfähig?“](#) (04. Juni 2015, Brüssel)
- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR): [Jahreskonferenz „Changing Times: Impacts of Time on Family Life“](#) (22. bis 24. Juni 2015, Berlin)
- Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz (ICSP): [„Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz \(Wechselmodell\)“](#) (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).